9. Wer ist „zuständiger“ Beamter im Sinne des § 360 Abs. 1 Nr. 8 StGB.?

V. Straffenat. Urtr. v. 9. Dezember 1937 g. F. 5 D 787/37.

I. Landgericht Wuppertal.

Aus den Gründen:

Der Angeklagte hat gegenüber dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle der Beschwerdekammer des LG. (Justizsekretär S.) und gegenüber dem Vorsitzenden dieser Beschwerdekammer (Landgerichtsdirektor M.) den falschen Namen Heinrich Gehling und eine falsche Wohnung angegeben. Die Strafkammer nimmt an, er habe sich hierdurch einer Übertretung des § 360 Abs. 1 Nr. 8 StGB. schuldig gemacht. Das ist nicht rechtlich zu beanstanden. Der § 360 Abs. 1 Nr. 8 StGB. entspricht dem § 356 Nr. 7 des Entwurfes eines StGB. für den Norddeutschen Bund und dem § 105 des preuß. StGB. In der Begründung zu dem Entwurf eines StGB. für den Norddeutschen Bund wird auf S. 149 als „zuständiger Beamter“ derjenige bezeichnet, „dem ein Recht auf Erforschung des Namens zukommt“. Auf Grund dieser Auslegung wird in einem Teile des Schrifttumes und der Rechtsprechung bei Entscheidung der Frage, ob ein Beamter „zuständig“ ist, nur diese Begriffsbestimmung wiederholt (vgl. LK. 4. Aufl. 1929 Bem. VIII 13 zum § 360 Abs. 1 Nr. 8; Dalcke 27. Aufl. 1936 Bem. 55 zum § 360; RGKspr. Bd. 1 S. 565, 567 und S. 793, 798, Bd. 7 S. 469, 471; RGSt. Bd. 40 S. 201; RG. GA. Bd. 35 S. 328, 329 und DLG. Celle GA. Bd. 37 S. 215). An anderen Stellen des Schrifttumes und der Rechtsprechung wird diese Begriffsbestimmung dahin ergänzt, daß der Beamte das hoheitliche Recht haben müsse, nach dem Namen

zu fragen, so daß die Angabe eines falschen Namens als Eingriff in die staatlichen Hoheitsrechte erscheine (vgl. DIsHäusen StGB. 11. Aufl. 1927 Bem. d zum § 360 Abs. 1 Nr. 8 S. 1960; Schwarz StGB. 4. Aufl. 1936 Bem. 8 Bbb zum § 360 Nr. 8; RG. OL. Bd. 49 S. 138; OLG. Dresden LZ. 1920 Spalten 1154, 1155). Der Senat schließt sich der letzten Ansicht an, die die oben wiedergegebene Begründung des Gesetzes für sich hat. Keine Stütze findet im Gesetze die vereinzelt vertretene Rechtsansicht, daß der Beamte auch das Recht haben müsse, auf seinem Verlangen zu bestehen, wenn sich der Täter weigere, den Namen zu nennen, und die ihm amtlich gegenüberstehende Person durch die ihm etwa geschlich an die Hand gegebenen Zwangsmittel zur Angabe des wahren Namens zu nötigen (vgl. Frank StGB. 18. Aufl. 1931 Bem. VIII 3 zum § 360 Abs. 1 Nr. 8 S. 798; RGSt. Bd. 17 S. 224, 227 = RMspr. Bd. 10 S. 123, 126; OLG. Dresden HR. Bd. 2 S. 195, 196 und S. 292, 293). Es muß genügen, daß der Beamte dem Befragten in seiner Eigenschaft als Träger seines hoheitlichen Rechtes gegenübersteht und in dieser Eigenschaft nach dem Namen fragt. Diese Voraussetzung war aber bei dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle der Beschwerdekammer des OLG. und ebenso bei deren Vorsitzendem gegeben. Beide waren daher „zuständige Beamte“ i. S. des § 360 Abs. 1 Nr. 8 StGB.